

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]

Gesendet: Donnerstag, 25. November 2010 19:14

An: schaffelhofer@kinderjugendgesundheit.at; zotter@fee.at; martina.macher@akooe.at; e.walter@kathkids.at; office@kathkids.at; bauer.presse@oear.or.at; baerenburg@klinikum-graz.at; gabriele.blaschitz@klinikum-graz.a

Betreff: Sammelmeldung 26.11.2010

Plattform EduCare
 elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG
 DES INFORMATIONSDIENSTES
 VOM 25.11.2010 19:14:05**

AUFRUF

[Demonstration Samstag 27.11. www.zukunftsbudget.at](#)

MEINUNG

[Bildung: FEEI-Roitner kritisiert weiteres Tazziehen bei Schulpolitik](#)

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

[Übersicht BAKIP's](#)
[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)

Aktuelle Stellenausschreibungen

[Planstelle einer Abteilungsvorständin / eines Abteilungsvorstandes an der BAKIP 8750 Judenburg](#)

BM:UKK / BM.W F

[BM:UKK-Homepage](#)
[BMWF Homepage](#)

Alle Informationen des bm:ukk und des bm.w f zur PädagogInnen-Ausbildung NEU

[Wir stellen vor: bm:ukk-Sektion I - Allgemeinbildendes Schulwesen, Qualitätsentwicklung und -sicherung; Pädagogische Hochschulen](#)

[LehrerInnenbildung NEU - Stakeholderkonferenzen](#)

[Schulverwaltung: Wer für was zuständig ist](#)

[Nächster Konflikt: PISA-Test](#)

[Jeder zehnte Schüler nutzt ganztägiges Schulangebot](#)

[Was die Schule wirklich braucht](#)

[Schmied: Kultur der Verantwortung statt Kultur der Abhängigkeit im ...](#)

[Breite Allianz gegen weitere "Veränderung" des Schulsystems](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[So viele Prozent der PflichtschülerInnen besuchen die schulische Nachmittagsbetreuung in den einzelnen Bundesländern:](#)

BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen: keine](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)
[Kinderbetreuungsatlas 2010: konsequenter AK-Einsatz wirkt Vollzeitjob mit Familie aber immer noch schwer vereinbar](#)
[Schauplatz Kinderbetreuung: Verbesserung und „neue Mängel“](#)
[Stadt Linz intensiviert Sprachtraining im Kindergarten: Förderung ab erstem Jahr](#)

SALZBURG

[Meldungen: keine](#)

STEIERMARK

[Meldungen:](#)
[Kind wurde zwanzigmal angemeldet](#)

TIROL

[Meldungen: keine](#)

VORARLBERG

[Meldungen:](#)
[1. Vorarlberger Gender Day](#)

WIEN

[Meldungen:](#)
[Kardinal Dr. Christoph Schönborn lädt zur Eröffnung des Palaiskindergartens St. Stephan](#)

Vassilakou: "Sprachpolitik zentral"

NEUE WIENER STADTREGIERUNG

„Rot-Grün ist Alternative zu bisherigen Koalitionsvarianten“ tt.com - Wo's Click macht
 Rot-Grün wird in Wien angelobt - derStandard.at
 Opposition ab jetzt kleiner - Wiener Zeitung
 Wiener Gemeinderat - SP-Schicker: "Rot-Grüne Stadtregierung hat volle ... - APA OTS (Pressemitteilung)
 Gudenus: Skandalöse Entleisung von SP-Klubobmann Schicker! - APA OTS
 Häupl als Landeshauptmann angelobt - Radio Arabella
 Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates (4) - APA OTS (Pressemitteilung)
 Rot-Grün nimmt Arbeit auf - wienweb.at
 Michael Häupl ist angelobt wienweb.at
 Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates (2) - APA OTS (Pressemitteilung)
 Wiener Gemeinderat - SP-Schicker: "Rot-Grün ist zukunftsfruchtig und das Beste ... - APA OTS (Pressemitteilung)
 Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderats (1) - APA OTS
 Wiener Gemeinderat: Die 100 Mandatare im Überblick - APA OTS (Pressemitteilung)
 Häupl als Wiener Bürgermeister wiedergewählt - Salzburger Nachrichten
 Häupl ist neues altes Stadtoberhaupt - Wiener Zeitung
 Wien: Häupl als Bürgermeister wiedergewählt - ORF.at
 Rot-Grüne Stadtregierung in Wien wird angelobt - Kleine Zeitung
 Rot-Grün tritt heute vor den "Traualtar": Wiener Koalition steht vor der ... - NEWS.at
 Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates (5) - Die Regierungserklärung
 Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates (6) - Debatte zur Regierungserklärung

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

[Viel Stress für wenig Geld – Albtraumjob Erzieherin](#)

ELTERNBILDUNG

[ÖIF informiert | Online-Umfrage: Erziehung und Elternbildung](#)

FAMILIENPOLITIK

[Nein zu Kürzungen bei Familien](#)

[Familienpolitik - Staatssekretärin Remler: "Bin keine Quoten-Frau"](#)

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

[Einladung zur Pressekonferenz - Präsentation des 1. Österreichischen Zivilgesellschaftsberichtes zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Österreich](#)

KINDERARMUT

[Budgetkürzungen verstärken Kinderarmut - Bundesjugendvertretungs-Vorsitzende Schwarz bei Tagung "Junge Armut": Bei "Zukunft Österreichs" einzusparen macht keinen Sinn](#)
 "Soziale Schere schadet fast allen"
 15 Prozent der Kinder betroffen

KINDERBETREUUNG

["Kinderbetreuung muss weiter ausgebaut werden"](#)

[„Die Koalition ist nicht gefährdet, weil wir sie nicht gefährden dürfen“](#)

KINDERGARTEN

[Nicht alle Kinder profitieren von der Kita](#)

PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)
[Forderungen](#)
[Mitglieder](#)
[Presse-Aussendungen](#)

[Plattform EduCare unterstützt Bildungsvolksbegehren!](#)

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

[Mitgliederliste](#)
[Kinderfreunde: "Veränderungsspektakel" auf dem Rücken der Kinder](#)

VERWALTUNGSREFORM

[Claus Raidl fordert Volksbegehren für die Verwaltungsreform](#)

[Wirtschaftsparlament: Wirtschaft mahnt umfassende strukturelle Reformen ein Verwaltungsreform und Reformen des Gesundheitswesens, Bildungswesen u. Pensionssystem müssen jetzt passieren](#)

SONSTIGES

[Das Kindersicherheits-Haus BÄRENBURG geht online](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

AUFRUF

Von: Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez
 [mailto:schaffelhofer@kinderjugendgesundheit.at]
 Gesendet: Donnerstag, 25. November 2010 10:18
 An: Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez

Demonstration Samstag 27.11. www.zukunftsbudget.at

Sehr geehrte Damen und Herren der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit,
die Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit unterstützt die
Plattform www.zukunftsbudget.at

**Diesen Samstag 27. November 2010 findet eine große gemeinsame DEMONSTRATION
dazu statt: "Kein Sparen bei Kindern, Jugend und Familien!"
Treffpunkt 13.00 Uhr bei der Urania in Wien**

Alle Details unter www.zukunftsbudget.at

Wir bitten Sie, diesen Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration breit unter
Ihren Kontakten zu streuen.

Wenn Sie mit Ihrer Organisation noch die Plattform unterstützen wollen, dann
schicken Sie bitte eine Mail mit Ihrem Logo und der Nennung einer
Kontaktperson an presse@oeh.ac.at

Für den Bereich "Kinder/Jugend" wird Magdalena Schwarz, Vorsitzende der
Bundesjugendvertretung, bei der Demo reden. Sie hat von Klaus Vavrik auch
die Eckpunkte der Liga-Forderungen genannt bekommen.

Diese Eckpunkte der Liga-Forderungen können Sie auch nachhören, und zwar
finden Sie hier einen Ö1-Mitschnitt vom Morgenjournal am Internationalen Tag
der Kinderrechte am 20. November 2010.
Ausschnitte davon waren den ganzen Tag auch auf Ö3 zu hören:

"Hören Sie einen Auszug aus der Ö1 Sendung "Morgenjournal" zum Thema
"Kinderrechte" von Barbara Daser vom Freitag" vom 20. November 2010 um 07.00
Uhr in oe1.ORF.at
Link: <http://apasfftp1.apa.at/oe1/programm/0000BFA3.MP3>

Lieben Gruß,
Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez

Mag. Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez
Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit

<mailto:schaffelhofer@kinderjugendgesundheit.at>
<http://www.kinderjugendgesundheit.at>

MEINUNG

pts101125007
Politik/Recht, Bildung/Karriere

Bildung: FEEI-Roitner kritisiert weiteres Taziehen bei Schulpolitik

Wien (pts/25.11.2010/10:36) - Die Diskussion zum Thema Verländerung ist leider noch immer nicht vom Tisch: Die Landeshauptleute konnten sich in
punkto Verländerung des Schulwesens auch bei der gestrigen Landeshauptleutekonferenz nicht einigen. Das Taziehen um Macht und Einfluss geht
somit in die nächste Runde.

Roitner fordert konstruktive Bildungspolitik

Eine Vielzahl an Experten sieht durch die Verländerung die Qualität der Bildung massiv gefährdet. Auch Lothar Roitner, Geschäftsführer des
Fachverbandes der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEI), ist strikt gegen eine drohende Verländerung: "Wie man an dem gestrigen Ergebnis der
Landeshauptleutekonferenz sieht, geht es im österreichischen Bildungssystem vielen weiterhin nur um Macht, Geld und Posten. Wir als Vertreter der
Industrie sehen daher die Zukunft der Ausbildung massiv gefährdet und hören nicht auf, eine konstruktive Bildungspolitik einzufordern. Eine
Bildungspolitik bei der es nicht um Kompetenzen, sondern vorrangig um Inhalte und modernes Bildungsmanagement geht". Denn ein innovatives,
fortschrittliches Schulsystem ist für den Erfolg der heimischen Industrie maßgeblich.

FEEI ist für die Bündelung der Kräfte beim Bund

Roitner appelliert an die politischen Entscheidungsträger, um ein endgültiges Abgleiten in die Kleinstaaterei am Bildungssektor zu verhindern. Die
Parallelitäten der Bundes- und Landeschulbehörden gehören aufgehoben und eine einheitliche zentrale Steuerung über den Bund installiert. Ebenso
fordert er eine Stärkung der Schulautonomie. Die Unsitte der politischen Besetzung der Schulverwaltungen, Direktoren- und Lehrerposten entbehrt jeder
rechtlichen und sachlichen Grundlage. Die Direktoren sollen sich nicht nur ihre Mitarbeiter aussuchen können, so wie es auch in der Wirtschaft üblich ist,
sondern auch für die fachliche Schwerpunktsetzung an ihren Schulen gemeinsam mit dem Kollegium verantwortlich zeichnen.

Abschließend betont Roitner, dass sich Österreich den Förderalismus im Bildungswesen nicht mehr lange leisten können wird.

Der Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie vertritt in Österreich die Interessen von 288 Unternehmen mit mehr als 57.000 Beschäftigten und
einem Produktionswert von 10,86 Milliarden Euro (Stand 2009). Gemeinsam mit seinen Netzwerkpartnern - dazu gehören u. a. die Fachhochschule
Technikum Wien, das Forum Mobilkommunikation (FMK), das UFH, das Umweltforum Starterbatterien (UFS), der Verband Alternativer Telekom-
Netzbetreiber (VAT) und der Verband der Bahnindustrie (bahnindustrie.at) - ist es das oberste Ziel des FEEI, die Position der österreichischen Elektro-
und Elektronikindustrie im weltweit geführten Standortwettbewerb zu stärken. (Ende)

Aussender: FEEI - Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie
Ansprechpartner: Mag. Alexandra Zotter
email: zotter@feei.at
Tel. 01/588 39-63

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- &
Fortbildung an
BAKIP's

Aktuelle Stellenausschreibungen

Planstelle einer Abteilungsvorständin / eines Abteilungsvorstandes an der BAKIP 8750 Judenburg
(Bewerbungsfrist: 20. Dezember 2010)

[Mehr dazu »](#)

BM:UKK / BM.W_F

BM:UKK-Homepage

BMWF Homepage

Alle Informationen des [bm:ukk](#) und des [bm.w.f](#) zur PädagogInnen-Ausbildung NEU

Wir stellen vor: bm:ukk-Sektion I - Allgemeinbildendes Schulwesen, Qualitätsentwicklung und -sicherung; Pädagogische Hochschulen

[Mehr dazu »](#)

LehrerInnenbildung NEU - Stakeholderkonferenzen

Am 12. November 2010 fand in Linz der Auftakt zu vier bundesweiten Stakeholderkonferenzen von Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl zur "LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe" statt. Weitere Stationen sind Innsbruck, Wien und Graz.

Ziel der Stakeholderkonferenzen ist es, über die Eckpunkte des Modells LehrerInnenbildung NEU zu informieren, Meinungen und Standpunkte dazu auszutauschen.

[Mehr dazu »](#)

Schulverwaltung: Wer für was zuständig ist

[Kleine Zeitung](#)

Das Unterrichtsministerium ist die oberste Schulaufsichtsbehörde. Zusätzlich ist es in einigen Bereichen für die Ausführung zuständig, etwa beim Stellenplan ...

Nächster Konflikt: PISA-Test

[Salzburger Nachrichten](#)

Diesmal ist es dem Unterrichtsministerium aber rechtzeitig aufgefallen, sodass bis 7. Dezember, an dem Tag, an dem die Pisa-Ergebnisse öffentlich ...

Jeder zehnte Schüler nutzt ganztägiges Schulangebot

[Kleine Zeitung](#)

Laut einer Befragung im Auftrag des Unterrichtsministeriums vom Jänner wird mit den derzeit rund 120.000 vorhandenen Plätzen nur ein Drittel des Bedarfs ...

Was die Schule wirklich braucht

[Kurier](#)

Laut Unterrichtsministerium werden 350.000 gebraucht. KURIER-Schüleranwalt Salcher plädiert dafür, dass die Lehrer grundsätzlich von 7.45 bis 16 Uhr an der ...

Schmied: Kultur der Verantwortung statt Kultur der Abhängigkeit im ...

[APA OTS](#)

... Ingrid Buschmann (Autorin), Günter Haider (Direktor des Bundesinstituts BIFIE) und Nikolaus Glattauer (Autor und Lehrer). (Schluss) ta.

Breite Allianz gegen weitere "Verlängerung" des Schulsystems

[Kathweb](#)

Auf die Probleme in Deutschland, wo Bildung Ländersache sei, wies bifie-Vertreter Werner Specht hin: Übersiedlungen von einem Bundesland ins ande

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

So viele Prozent der PflichtschülerInnen besuchen die schulische Nachmittagsbetreuung in den einzelnen

Bundesländern:

Wien: 26,7%
 Burgenland: 13,9%
 Vorarlberg: 10,0%
 Steiermark: 9,1%
 Salzburg: 6,8%
 Kärnten: 6,8%
 Niederösterreich: 6,2%
 Oberösterreich: 4,8%
 Tirol: 3,3%

Quelle: <http://www.imzoom.info/article.php/20101125150950955>

BURGENLAND

Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN

Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH

Niederösterreich: www.noe.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH

Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Kinderbetreuungsatlas 2010: konsequenter AK-Einsatz wirkt Vollzeitjob mit Familie aber immer noch schwer vereinbar

Linz (OTS) - Vor elf Jahren hat die Arbeiterkammer Oberösterreich den ersten Kinderbetreuungsatlas präsentiert. Seither ist das Angebot in den Gemeinden viel besser geworden. Doch auch die Anforderungen haben sich geändert. Deshalb wurden heuer bei der Bewertung erstmals neue Kriterien herangezogen. Ergebnis: Nur 42 von 444 Gemeinden bieten beim **Kindergarten** Öffnungszeiten, die den Eltern eine Vollzeitbeschäftigung ermöglichen.

Deutliche Fortschritte zeigen sich bei den Betreuungsangeboten für Unter-Dreijährige. Vor elf Jahren gab es das in nur knapp neun Prozent der Gemeinden, heute sind es 76,4 Prozent. Verbesserungen gibt es auch bei den Kindergärten und bei der Nachmittagsbetreuung für Volksschulkinder. Ein wichtiger Meilenstein war der von der AK geforderte beitragsfreie **Kindergarten**, gerade in Zeiten, wo viele Familien reale Einkommensverluste hinnehmen mussten.

Dennoch bleibt es für viele Eltern schwierig, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. In 24 Prozent der Gemeinden gibt es kein Angebot für Kinder unter drei Jahren, in 35 Prozent keine Nachmittagsbetreuung für Volksschulkinder. 29 Prozent der Gemeinden bieten kein Mittagessen im **Kindergarten**, und in 47 Prozent der Gemeinden ist der **Kindergarten** weniger als acht Stunden täglich geöffnet.

Vor allem die Öffnungszeiten stellen für viele Eltern ein Problem dar. Deshalb wurde beim Kinderbetreuungsatlas 2010 erstmals der sogenannte Vereinbarkeitsindikator für Beruf und Familie (VIF) bei der Bewertung mit eingezogen. Die Kriterien dafür sind: mindestens 45 Stunden wöchentliche Öffnungszeit, an vier Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet, Mittagessen, maximal fünf Wochen im Jahr geschlossen.

Derzeit erfüllen nur 9,5 Prozent oder 42 von 444 Gemeinden beim **Kindergarten** diese Kriterien. Davon keine einzige aus den Bezirken Ried, Rohrbach und Scharding! "Vor elf Jahren haben wir die Latte bei den Öffnungszeiten bewusst niedrig gelegt", sagt dazu AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer. Für eine Anpassung an die realen Gegebenheiten sei nun der Zeitpunkt gekommen: "Wichtig ist auch, dass wir erstmals auch die Ferienschlusszeiten in die Bewertung mit einbezogen haben."

Mit dem Kinderbetreuungsatlas möchte die AK einerseits Eltern einen Überblick über das Angebot in ihrer Gemeinde verschaffen und

Vergleiche mit anderen Gemeinden ermöglichen. Auf der anderen Seite sollen damit Verbesserungen dokumentiert, aber auch vorangetrieben werden. "Wir werden nicht locker lassen, bis es flächendeckend optimale Angebote gibt", verspricht der AK-Präsident.

Die AK fordert deshalb: längere Öffnungszeiten, die rasche Entwicklung des Kindergartens zu einer Bildungsinstitution, die Aufwertung und Professionalisierung der **Kindergarten-** und Hortpädagoginnen/-innen durch Aus- und Weiterbildung auf Hochschulniveau, kleinere Gruppen, Ganztätigkeit als Prinzip, ganzjähriges Leistungsangebot, schrittweise Ausdehnung der Kindergartenpflicht, Ausbau des Angebots für Unter-Dreijährige, Gebührenfreiheit nicht nur in Kindergärten, sondern auch in Krabbelstuben, ganztätigen Schulen und Horten. Auch ein warmes Mittagessen sollte gebührenfrei angeboten werden, mehr ganztätig geführte Schulen

Die Detaillergebnisse zum kostenlosen Download finden Sie auf www.arbeiterkammer.com

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Oberösterreich, Kommunikation
Martina Macher
Tel.: (0732) 6906-2190
<mailto:martina.macher@akooe.at>
<http://www.arbeiterkammer.com>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/21/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Schauplatz Kinderbetreuung: Verbesserung und „neue Mängel“ [nachrichten.at](#)

Die für Kinderbetreuung zuständige Landesrätin Doris Hummer (VP) bewertet die Ergebnisse jedenfalls positiv. Bei der Betreuungsquote der Drei- bis ...

Stadt Linz intensiviert Sprachtraining im Kindergarten: Förderung ab erstem Jahr

[nachrichten.at](#)

Die Stadt Linz baut die Sprachförderung im Kindergarten aus: Ab September 2011 sollen Kinder mit Defiziten bereits ab dem ersten Jahr gezielt gefördert ...

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Kind wurde zwanzigmal angemeldet

Kleine Zeitung

Dieser Tage zieht man anhand einer vorliegenden Evaluierung Bilanz: So ist man im Rathaus der Überzeugung, dass Kindergärten und Kinderkrippen ...

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

1. Vorarlberger Gender Day

[schule.at](#)

Der Gender Day ist ein Fortbildungsangebot des Landesschulrats für Vorarlberg und der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg in Kooperation mit dem ...

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:**Kardinal Dr. Christoph Schönborn lädt zur Eröffnung des Palaiskindergartens St. Stephan**

Utl.: Angebot an Kinderbetreuung im 1. Bezirk steigt =

Wien (OTS) -

Kardinal Dr. Christoph Schönborn lädt zur Eröffnung des Palaiskindergartens St. Stephan

Die St. Nikolaus-Kindertagesheimstiftung eröffnet Ihren 77. Standort im Herzen von Wien, den Palaiskindergarten St. Stephan. Der Kindergarten wird im Erzbischöflichen Palais angesiedelt sein. Die Segnung erfolgt durch Kardinal Dr. Christoph Schönborn, durch die Eröffnung führt ORF-Moderatorin Barbara Stöckl.

Den Anfahrtsplan finden Sie hier:
<http://www.ots.at/redirect/Anfahrtsplan>

Um eine Rückmeldung unter office@kathkids.at wird gebeten.

Datum: 7.12.2010, um 13:00 Uhr
Ort: Palaiskindergarten St. Stephan ARKADENHOF
Wollzeile 2, 1010 Wien

Rückfragehinweis:

St. Nikolaus-Kindertagesheimstiftung
 in der Erzdiözese Wien
 Elmar Walter
 Favoritenstraße 4-6/1, A-1040 Wien
 M +43 664 824 36 77
 E e.walter@kathkids.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/11753/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Vassilakou: "Sprachpolitik zentral"

[Kurier](#)

Sie wollen auch ein zweites, verpflichtendes Kindergartenjahr einführen? Ja. Sprachenpolitik ist für die Integration zentral. Deshalb sollen die letzten ...

NEUE WIENER STADTREGIERUNG**„Rot-Grün ist Alternative zu bisherigen Koalitionsvarianten“ [tt.com](#) - *Wo's Click macht***

"Rot-Grün ist neu für Österreich und stellt eine Alternative zu bisherigen Koalitionsvarianten dar", sagte Bürgermeister Michael Häupl am Donnerstag in ...

Rot-Grün wird in Wien angelobt - [derStandard.at](#)

Wien - Im Wiener Rathaus wird am Donnerstag die erste rot-grüne Stadtregierung angelobt. Die Kür des Stadtsenats mit zwölf Mitgliedern erfolgt in der ...

Opposition ab jetzt kleiner - [Wiener Zeitung](#)

Wien (rös) Donnerstag werden die Mitglieder der neuen Wiener Stadtregierung in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats angelobt. ...

Wiener Gemeinderat - SP-Schicker: "Rot-Grüne Stadtregierung hat volle ... - [APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - "Die Wienerinnen und Wiener haben bei den vergangenen Wahlen die Wiener SPÖ mit großer, relativer Mehrheit bestätigt", stellte SP-Klubobmann ...

Gudenus: Skandalöse Entgleisung von SP-Klubobmann Schicker! - [APA OTS](#)

Utl.: Dummheit gepaart mit Unwissen sind die besten Voraussetzungen für das weitere Scheitern der SPÖ in Wien! = Wien (OTS/fpd) - Als skandalös und ...

Häupl als Landeshauptmann angelobt - [Radio Arabella](#)

Bundespräsident Heinz Fischer hat Michael Häupl am Vormittag als Wiener Landeshauptmann angelobt. Zuvor wurde Häupl im Gemeinderat als Wiener Bürgermeister ...

Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates (4) - [APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - Die Stadträtin Mag.a Renate Brauner (SPÖ) wurde von der SPÖ als Vizebürgermeisterin vorgeschlagen. Stadträtin Mag.a Maria Vassilakou (Grüne) ...

Rot-Grün nimmt Arbeit auf - [wienweb.at](#)

Startschuss für Wiens brandneue rot-grüne Regierung. Im Wiener Rathaus ist am Donnerstag um 9 Uhr der Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung ...

Michael Häupl ist angelobt [wienweb.at](#)

Mit der konstituierenden Gemeinderatssitzung hat am Donnerstag die neue Stadtregierung ihre Arbeit aufgenommen. Das bedeutet gleichzeitig den Beginn der ...

Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates (2) - [APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - GR DI Rudi Schicker (SPÖ) betonte, seit der Amtszeit von Bgm. Dr. Michael Häupl (SPÖ) habe sich in Wien sehr vieles geändert. ...

Wiener Gemeinderat - SP-Schicker: "Rot-Grün ist zukunftssträftig und das Beste ... - [APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - "Die vergangenen 16 Jahre unter Bürgermeister Dr. Michael Häupl sind einer der wichtigsten Gründe dafür, dass sich Wien heute so weltoffen ...

Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderats (1) = - [APA OTS](#)

Wien (OTS) - Bgm. Dr. Michael Häupl (SPÖ) eröffnete um 9.00 Uhr als Vorsitzender die konstituierende Sitzung des Gemeinderates. ...

Wiener Gemeinderat: Die 100 Mandatare im Überblick = - [APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - In der Konstituierenden Sitzung des Wiener Gemeinderates wurden am Donnerstag die 100 gewählten Gemeinderäte angelobt. ...

Häupl als Wiener Bürgermeister wiedergewählt - Salzburger Nachrichten

Michael Häupl ist bei der Gemeinderatssitzung am Donnerstag als Wiener Bürgermeister wiedergewählt worden. Er erhielt in der geheimen Wahl die Unterstützung ...

Häupl ist neues altes Stadtoberhaupt - Wiener Zeitung

Von WZ Online Wien. Im Wiener Rathaus hat am Donnerstag die konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates begonnen - bei der im Lauf des Tages die erste ...

Wien: Häupl als Bürgermeister wiedergewählt - ORF.at

Michael Häupl (SPÖ) ist bei der konstituierenden Gemeinderatssitzung heute als Wiener Bürgermeister wiedergewählt worden. Häupl erhielt in der geheimen Wahl ...

Rot-Grüne Stadtregierung in Wien wird angelobt - Kleine Zeitung

Österreichs erste Koalition aus SPÖ und Grünen hat am Donnerstag in Wien ihre Arbeit aufgenommen. Michael Häupl (SPÖ) wurde bei der konstituierenden ...

Rot-Grün tritt heute vor den "Traualtar": Wiener Koalition steht vor der ... - NEWS.at

Im Wiener Rathaus hat die konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates begonnen, bei der im Lauf des Tages die erste rot-grüne Stadtregierung angelobt ...

Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates (5) - Die Regierungserklärung

Wien (OTS) - In seiner Regierungserklärung stellte Bürgermeister Dr. Michael Häupl fest, dass sich in den Städten die Zukunft von Europa entscheide. Politik müsse daher vorausschauen, Entwicklungen in der Gesellschaft rechtzeitig erkennen und diese Entwicklungen steuern.

Mit der Rot-Grünen-Koalition würden neue Wege beschritten und auch beschritten werden müssen. In zentralen inhaltlichen Fragen bestehe Übereinstimmung. Dort wo diese Übereinstimmung nicht gegeben war, seien in den Verhandlungen faire Kompromisse gefunden worden.

Häupl maß der Bekämpfung von Armut höchste Priorität zu. Neben der in Wien bereits umgesetzten Mindestsicherung für Erwachsene werde die Mindestsicherung für alle Wiener Kinder auf monatlich 200 Euro angehoben. Pflege- und Betreuungsangebote und Sachleistungen würden weiterhin ausgebaut. Im Gesundheitsbereich werde auf den weiteren Abbau von Akutbetten, die psychiatrische dezentrale Versorgung und auf den Ausbau von Tageskliniken fokussiert.

Zum Thema Sicherheit meinte Häupl, dies bedeute Soziale Sicherheit, Sicherheit vor Natur- und Umweltkatastrophen, vor Energiekrisen, vor politischer Gewalt und natürlich Schutz vor Kriminalität durch eine ausreichend vorhandene und gut ausgestattete Polizei. Unter anderem werde man ein regelmäßiges Dialogforum "Sicherheitspolitik und Menschenrechte" zwischen NGOs, Menschenrechtsorganisationen, Polizei und Sozialarbeit einrichten. Auch die Zusammenarbeit mit dem Innenministerium werde forciert.

Wien solle weiters als mitteleuropäisches Zentrum des Wissens positioniert werden. Der beitragsfreie **Kindergarten** werde beibehalten um allen einen Zugang zu ermöglichen. Wien habe als erstes Bundesland begonnen, das Campus-Modell als gemeinsame ganztägige Einrichtung für Kindergartenkinder und SchülerInnen zu testen. Mit der Wiener Mittelschule habe man ein Schulmodell in der Stadt, das sich dem Prinzip von "Förderung und Differenzierung statt Selektion" verschrieben habe. Wien werde ganztägige Betreuungsformen weiter ausbauen. Prof. Alexander van der Bellen werde als neuer Universitätsbeauftragter der Stadt eine Verbindung zwischen Stadt und Universitäten sein.

Das Zusammenleben in Österreichs Städten habe sich im Laufe der letzten Jahre stark verändert, so Wiens Bürgermeister. Integration sei ein lang andauernder, sehr differenzierter Prozess des Zusammenwachsens. Der Erwerb von sprachlichen Fähigkeiten sowie die Kenntnis und Akzeptanz der Regeln des Zusammenlebens vor Ort müssten am Beginn stehen. Daher müsse man massiv in das Erlernen der deutschen Sprache investieren und den Integrationswillen stärken. In der "Wiener Charta" des Zusammenlebens werde man die zentralen Wertvorstellungen der modernen Gesellschaft und die Spielregeln für das Zusammenleben formulieren.

Zum Thema Wirtschaft meinte Häupl es gehe darum, die Folgen dieser globalen Wirtschaftskrise für Wien zu überwinden. Er bekenne sich zum Investieren in Krisenzeiten, und zum Abbau von Schulden in konjunkturell guten Zeiten. Man habe daher für den Voranschlag 2011 in diese Richtung gearbeitet. Man setze u.a. auf Life Sciences, Information-Kommunikation, Medien und Creative Industries, sowie Umwelt- und Energietechnologien.

In punkto Infrastruktur betonte Häupl soziale Infrastruktur, kulturelle Vielfalt, öffentlichen Verkehr und Gesundheitseinrichtungen. Einer Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen erteilte er eine Absage. Im neuen Stadtentwicklungsplan 2015 sollen 50 Prozent der Stadt Grün- und Erholungsflächen bleiben. Auch der Bereich Verkehr werde weiterentwickelt. Das neue Verkehrskonzept wird bis 2013 erstellt werden. Man werde Anreizsysteme für den Öffentlichen Verkehr schaffen und nicht "Autofahrer schikanieren".

Die gesamte Kette der Müllentsorgung - von der Sammlung bis zur Verwertung - bleibe in kommunaler Hand. Abfallvermeidung werde auch künftig eine zentrale Säule der Wiener Umweltpolitik sein. Dank des Klimaschutz-Programms habe Wien bereits heute die geringsten Pro-Kopf-Emissionen Österreichweit, erläuterte der Bürgermeister. Durch das KLIP II-Programm würden die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 21 Prozent pro Kopf gegenüber 1990 verringert. Weiters werde ein Versorgungssicherheitsplan für Energie im Rahmen des KLIP II umgesetzt und dabei erneuerbare Energien besonders berücksichtigt.

Die neue Stadtregierung lege laut Häupl ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Gemeindebauten im Eigentum der Stadt Wien ab. Im Zuge einer Sanierungsoffensive würden insgesamt 8.000 Wohnungen jährlich

saniert werden. Unter anderem sollen in den nächsten 5 Jahren mindestens 1.000 neue, leistbare Kleinwohnungen geschaffen werden.

In punkto Kultur sei es ein wesentliches Anliegen, den Zugang zu Kunst und Kultur zu verbessern. Insbesondere Menschen mit geringeren Bildungschancen und geringem Einkommen solle der Zugang zum Kulturangebot erleichtert werden.

Frauen in Arbeit und Wirtschaft sollen gleiche Chancen bei beruflichem Aufstieg, der Aus- und Weiterbildung sowie gleiches Einkommen wie Männer haben. Ein Wiener Gleichstellungsmonitor soll als Grundlage für die stetige Weiterentwicklung von Frauenfördermaßnahmen dienen.

Ein Gemeinderats-Ausschuss für Europäische und Internationale Angelegenheiten sei geplant um stadtaußenpolitische Leitlinien im Gemeinderat zu diskutieren. Österreichs EuropaparlamentarierInnen würden zudem ein Rederecht zu europapolitischen Themen im Gemeinderat.

Mit diesem Regierungsprogramm habe man neue Impulse für die positive Entwicklung der Stadt festgeschrieben, schloss Häupl.

Vbgmin Mag.a Maria Vassilakou (Grüne) meinte, dass ihre Berufung in das neue Amt zeige, dass Wien eine unglaublich weltoffene Stadt sei. Sie betonte in den kommenden fünf Jahren das Beste für Wien geben zu wollen. Auch im Bewusstsein dass es verschiedene Meinungen darüber geben werde, was das Beste sei. Als Schwerpunkt dieser Arbeit sah sie Wachstum, Klimaschutz, Energiepolitik und Verkehr, den Übergang zur Wissensgesellschaft sowie die Frage der Integration.

Das heute vorgelegte Programm berge ungeheures Rüstzeug in sich, so gelte es etwa den Klimaschutz ins Zentrum der Wiener Politik zu rücken. Dies vor allem durch eine Verzehnfachung der Solaranlagenflächen. Ziel der Verkehrspolitik werde eine Steigerung der Annahme der öffentlichen Verkehrsmittel auf 40 Prozent, eine Zurückdrängung des Autos sowie die Verdoppelung des Radverkehrs sein. Stolz zeigte sie sich auf dem Weg, den Wien in den kommenden Jahren bei der Schulpolitik gehen werde und bekannte sich vor allem zur gemeinsamen Schule. Im Bereich der Migration stellte Vassilakou klar, dass 44 Prozent der Bürger ebenso wenig hier geboren seien wie sie selbst. Es baruche daher ein "Willkommen" an die Zuwanderer aber im Gegenzug auch die Einforderung eines Bekenntnisses zu Wien. Zuwanderer müssten stolze Wiener werden. Abschließend versprach sie - in Erinnerung an ihre Oppositionsjahre - offen für Kritik und Dialog zu sein. Abschließend überreichte Vassilakou dem Bürgermeister ein rotes Faltrad. (Forts.) roe/gse

Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz:
www.wien.gv.at/rk/
 Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53)
 Diensthabender Redakteur
 Telefon: 01 4000-81081

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates (6) - Debatte zur Regierungserklärung

Wien (OTS) - GRin Christine Marek (ÖVP) bezweifelte, dass Rot-Grün innovativ sei. Sie bezeichnete das Regierungsprogramm als "roten Stillstand in grüner Verpackung". Sie vermisse ein Zukunftsprogramm mit Details. Weiters forderte sie u.a. eine Verwaltungsreform ein. Die Grünen hätten sich "verbogen und ausgezogen" wie etliche gebrochene Wahlversprechen beweisen würden. Die ÖVP hingegen sei weiter "Ideengeber für die Stadt". Als Beispiele nannte sie den Gratis-Kindergarten und die 24-Stunden U-Bahn. Abschließend forderte sie ein "fares Wahlrecht" ein. In diesem Zusammenhang brachte sie einen dementsprechenden Antrag ein.

GR Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S. (FPÖ) warf Vbgmin Mag. Maria Vassilakou (Grüne) ebenfalls vor, ihr Wort betreffend dem Wahlrecht gebrochen zu haben. Das Regierungsübereinkommen sei "reine Phrasendrescherei" und das Programm gehe an der Realität in Wien vorbei, kritisierte Gudenus. Rot-Grün bedeute Verkehrs- und Bildungschaos. Er erkenne in einigen Bereichen sogar "kommunistische Ansätze". Die Causa um den türkischen Botschafter würde beweisen, dass sich die SPÖ "mit Grünen Nestbeschmutzern ins politische Bett legen" würde. Abschließend sprach er sich gegen das Ausländerwahlrecht aus und brachte einen Antrag ein, der die Einrichtung eines Verfassungs- und Rechtsausschusses vorsieht.

StR. Mag. Wolfgang Gerstl (ÖVP) hielt fest, dass alle Politiker dazu aufgerufen seien für die WienerInnen zu arbeiten. Die ÖVP werde eine Koalition mit den Bürgern gegen die Wiener Regierung eingehen. Das Regierungsprogramm sei ein "SPÖ-Parteiprogramm mit rot-grünem Umschlag", die Überschriften dabei beliebig. Die Grünen hätten ihre Forderungen nicht einbringen können und grüne Kritik sei verstimmt. Er frage sich auch, wo sich die Kontrolle im Koalitionsübereinkommen wiederfinde. Weiters vermisse er Sparmaßnahmen und ein Verkehrskonzept, dass bessere und günstigere Verkehrsanbindungen vorsieht. (Forts.) cwk/gse

Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz:
www.wien.gv.at/rk/
 Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53)
 Diensthabender Redakteur
 Telefon: 01 4000-81081

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

Viel Stress für wenig Geld – Albtraumjob Erzieherin

Für den Kita-Ausbau werden Zehntausende zusätzliche Erzieherinnen benötigt. Doch der Beruf ist hart und schlecht bezahlt. Das blonde Mädchen lacht herzerwärmend in die Kamera. „Bildung findet Stadt“, heißt es doppeldeutig auf dem Plakat, mit dem München um Erzieherinnen für seine Kindergärten wirbt. Mit „Schnupperwochenenden“ versucht die Hauptstadt Bayerns zudem gezielt, Fachpersonal aus anderen Städten zu locken. Neben dem Besuch einer Kindertagesstätte gibt es eine Stadtführung sowie ein Gutscheineheft. In Mecklenburg-Vorpommern kursiert der Begriff des „Kita-Hoppings“. Damit ist das Phänomen gemeint, dass sich Einrichtungen gegenseitig das Personal abwerben.

Die Kommunen stecken in der Bredouille: Bis 2013 soll jedes Kleinkind einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben. Für 35 Prozent der unter Dreijährigen, so die noch von der großen Koalition beschlossene Zielvorgabe, sollen dann Krippenplätze zur Verfügung stehen – insgesamt 750.000 Plätze. Doch dafür fehlen noch bis zu 40.000 Erzieherinnen und Erzieher. Derzeit gibt es in Deutschland rund 283.000 Erzieherinnen und Erzieher sowie 50.000 Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger, die in Kindertagesstätten arbeiten. Auch die Qualität frühkindlicher Bildung soll nach den Plänen der Regierung verbessert werden. Doch eine neue Studie zeigt, wie wenig attraktiv das Berufsbild und die Arbeitsbedingungen von Erzieherinnen sind. Ihr zufolge liegt das Nettoeinkommen von Erzieherinnen 224 Euro unter dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen, bei den vor allem in Westdeutschland tätigen Kinderpflegerinnen sogar 392 Euro.

Eine Erzieherin, die von ihrem 21. bis zum 59. Lebensjahr ununterbrochen Vollzeit gearbeitet hat und dabei im Schnitt 2500 Euro brutto verdient hat, erhält weniger als 900 Euro Rente. Nur 50 Prozent der Erzieherinnen haben eine Vollzeitstelle. Vor allem Berufsanfänger arbeiten außerdem zunehmend und jahrelang befristet. Bei den unter 25-Jährigen liegt der Anteil jener, die eine unbefristete Stelle haben, bei 49 Prozent. Fast 20 Prozent der Berufsanfänger verdienen weniger als 786 Euro netto.

Die Studie, die im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erstellt wurde, basiert auf dem Mikrozensus aus dem Jahr 2008. Unter den Befragten der amtlichen Repräsentativstatistik waren damals rund 3100 als Erzieherinnen und Erzieher oder als Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger in einer Kindertageseinrichtung tätig.

Der Anteil der Männer ist dabei verschwindend gering: Nur 3,4 Prozent des Fachpersonals ist männlich. 8,2 Prozent haben einen Migrationshintergrund. Bei beiden Gruppen ist verglichen mit dem Rest zudem die Tendenz stärker, das Berufsfeld wieder zu verlassen. Gründe dafür sind nach Angaben der GEW ein Mangel an guten und kostenlosen Weiterbildungsmöglichkeiten sowie das geringe Prestige des Berufs. Insgesamt bleiben nur zwei Drittel der Personen mit einer frühpädagogischen Ausbildung in Kindertageseinrichtungen. Die „Abwanderungsneigung“ nimmt dabei mit zunehmendem Alter zu. Die, die bleiben, gehen im Durchschnitt bereits mit 59 Jahren in Rente. Mehr als ein Viertel der in Rente befindlichen Ex-Erzieherinnen hatte sich aus gesundheitlichen Gründen in den Vorruhestand versetzen lassen – und das schon im Schnitt mit 54 Jahren.

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article11177590/Viel-Stress-fuer-wenig-Geld-Albtraumjob-Erzieherin.html>

ELTERNBILDUNG

ÖIF informiert | Online-Umfrage: Erziehung und Elternbildung

Die Erziehung von Kindern ist ein vieldiskutiertes Thema, das wohl auch nie an Aktualität verlieren wird. Informations- und Unterstützungsangebote im Bereich der Erziehung, die unter dem Begriff der „Elternbildung“ bekannt sind, stellen eine Möglichkeit dar, für die zahlreichen Herausforderungen, die der Alltag mit Kindern mit sich bringt, gut gewappnet zu sein. Das Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien führt für das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend eine Internetbefragung durch, die sich mit den Themen Kindererziehung und Elternbildung auseinandersetzt. Es soll untersucht werden, wie Angebote der Elternbildung gestaltet sein sollen, damit sie als unterstützend empfunden und auch gerne genutzt werden. Dabei will man sowohl Personen befragen, die Elternbildungsangebote nutzen als auch jene, die dies bisher noch nicht getan haben.

Wir würden uns freuen, wenn Sie an der Umfrage teilnehmen und diese Information auch an andere Eltern weiterleiten.

Fragebogen: <http://www.univie.ac.at/oif/limesurvey/index.php?sid=48722&newtest=Y>
http://www.oif.ac.at/aktuell/aktuell_overview.asp?ID=184

FAMILIENPOLITIK

Nein zu Kürzungen bei Familien

Ende Oktober einigte sich die Regierung auf das Budget 2011, das neue Steuerbelastungen und Sparmaßnahmen im Sozialbereich vorsieht. Vor allem die geplanten Kürzungen bei Familien riefen massiven Widerstand hervor. Prof. Günter Danhel, Direktor des Instituts für Ehe und Familie, fordert "nachhaltige strukturelle Verbesserungen im Steuer- und Sozialrecht", um Gerechtigkeit für Familien herzustellen. IEF, das Institut für Ehe und Familie wurde 1973 von der Katholischen Bischofskonferenz gegründet und steht an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Familienforschung einerseits und praktischer Familienarbeit andererseits.

Katharina Kaftalli im Gespräch mit Prof. Günter Danhel (www.erf.at - Evangelium in Radio und Fernsehen)
http://www.erf.at/index.php?option=com_content&task=view&id=3716&Itemid=116

Familienpolitik - Staatssekretärin Remler: "Bin keine Quoten-Frau"

Krone.at

Verena Remler: In den vergangenen Jahren ist in der Familienpolitik sehr viel Positives passiert, die Leistungen des Staates rangieren hier immer noch im ...

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

Einladung zur Pressekonferenz - Präsentation des 1. Österreichischen Zivilgesellschaftsberichtes zur Umsetzung der

UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Österreich

Donnerstag, 2. Dezember, 10.30 Uhr,
Ort: Café Landtmann

Entgegen der Ansicht der österreichischen Bundesregierung ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Österreich in sehr vielen Bereichen bisher noch nicht umgesetzt.

Ein Paradigmenwechsel weg von der medizinischen Sicht einer Behinderung hin zu einer sozialen Sichtweise, wonach Behinderung aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren entsteht, hat noch kaum stattgefunden.

Nach wie vor fehlen:

- o umfassende Barrierefreiheit
- o Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Bildungsbereich
- o Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Arbeitswelt
- o Maßnahmen für ein selbstbestimmtes Leben
- o Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen und der sie vertretenden Organisationen in alle Maßnahmen, die sie betreffen. Diese Partizipation ist derzeit in Österreich noch nicht ausreichend gewährt.

Daher hat die ÖAR einen 146 seitigen Bericht über die Situation von Menschen mit Behinderungen in Österreich und den Forderungen zur Umsetzung der Konvention erarbeitet, der als Zivilgesellschaftsbericht nach Genf an den prüfenden UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen gesandt wird.

Ziel muss sein, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in allen gesetzlichen und politischen Maßnahmen des Landes vollständig umzusetzen, um volle Inklusion und umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft zu verwirklichen. Sowohl bei der Ausarbeitung als auch bei der Umsetzung des bereits versprochenen Nationalen Aktionsplanes der österreichischen Bundesregierung sind Menschen mit Behinderungen und die sie vertretenden Organisationen intensiv einzubeziehen. Forderungen und Ideen der Betroffenen sind in gleicher Augenhöhe zu beachten.

u.A.w.g.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Irmgard Bauer
Presseabteilung der ÖAR
Österreichische Arbeitsgemeinschaft
für Rehabilitation - Dachorganisation der
Behindertenverbände Österreichs

* 1010 Wien Stubenring 2/1/4
(++43 1 5131533-116
2 ++43 1 5131533-150
■ 0699 18158285
bauer.presse@oear.or.at
www.oear.or.at

Hände weg vom Pflegegeld!

www.pflegegeld-retten.at

Protestieren Sie JETZT mit Ihrer Unterschrift!

KINDERARMUT

Budgetkürzungen verstärken Kinderarmut - Bundesjugendvertretungs-Vorsitzende Schwarz bei Tagung "Junge Armut": Bei "Zukunft Österreichs" einzusparen macht keinen Sinn

Wien, 25.11.2010 (KAP) Eigentlich sei 2010 das "Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung" gewesen, doch 2010 werde vielmehr als das Jahr der massiven Budgeteinsparungen bei Kindern, Jugend und Familie in die Geschichte eingehen: Das kritisierte die aus der Katholischen Jugend stammende Bundesjugendvertretungs-Vorsitzende Magdalena Schwarz. Sie äußerte sich bei der Tagung "Junge Armut: Von Sackgassen und Auswegen", die am Donnerstag von der Bundesjugendvertretung und dem "wienXtra"-Institut für Freizeitpädagogik in Wien veranstaltet wurde.

Angesichts dessen, dass 15 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Österreich armutsgefährdet sind, sei man "erschüttert darüber, dass ein Budget im Jahr 2010 solche Einschnitte bei Kindern, Jugendlichen und Familien vornimmt und zugleich Investitionen in Bereichen unterlässt, die nachhaltig gegen Armut wirken", so Schwarz gegenüber "Kathpress": "Armut von Kindern und Jugendlichen fällt letztens immer auf die Gesamtgesellschaft zurück." Bei der "Zukunft Österreichs" einzusparen sei nicht sinnvoll.

Rasches Handeln sah Schwarz vor allem in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung geboten: "Bildung ist einer der Armutshemmer schlechthin", sagte die Bundesjugendvertretungs-Vorsitzende auch im Hinblick darauf, dass Armut in Österreich "massiv vererbt" wird. Weiters müssten Aktionen gesetzt werden, um die Frauenerwerbsquote zu heben; in diesem Zusammenhang sei auch der Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten vonnöten. Als weiteren wichtigen Punkt nannte Schwarz das Thema Integration.

"Soziale Schere schadet fast allen"

Martin Schenk von der Armutskonferenz gab einen Überblick über Ursachen und Folgen von Armut: "Je größer die Schere zwischen Arm und Reich in einer Gesellschaft ist, desto mehr Dauerarmut gibt es und je mehr Dauerarmut, desto beeinträchtigt sind die Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche", erklärte er. Weiters gab er zu bedenken: "Je früher Armutsphasen auftauchen, je länger diese dauern und je schutzloser ihnen Kinder und Jugendlichen ausgeliefert sind, umso schwieriger sind auch die Zukunftsprognosen".

Als Hauptfolgen von Armut betonte Schenk auch die gesundheitlichen Auswirkungen auf die betroffenen Kinder und Jugendlichen: Vor allem bei länger andauernden Armutsphasen würden sich diese psychosomatisch auswirken, z.B. durch Einschlaf- und Durchschlafstörungen, Migräneanfälle, Nervosität, Gefühle der Einsamkeit bis hin zu depressiven Erschöpfungszuständen auch durch das Gefühl, nichts wert zu sein und nichts zu leisten.

Schenk hob aber auch die Folgen von Armut für die gesamte Bevölkerung hervor: "Je mehr die soziale Schere zwischen Arm und Reich

auseinandergeht, desto schwieriger werden viele Lebensqualitätsindikatoren einer Gesellschaft", so der Armutsexperte gegenüber "Kathpress". Demnach sei die Lebenserwartung "nicht nur der Ärmsten, sondern auch der Mittelschicht" kürzer, je ungleicher die Gesellschaft sei. Weiters gebe es mehr Häftlinge, mehr Teenager-Schwangerschaften, höhere Kindersterblichkeit, aber auch ein geringeres Vertrauen der Menschen zueinander: "Die soziale Schere schadet also fast allen in einer Gesellschaft", sagte Schenk.

Als Faktoren, die in schwierigen Situationen stärken, nannte der Experte tragfähige Beziehungen, Selbstbestimmtheit und Anerkennung: "Leider aber leben Armutsgefährdete viel stärker in Situationen, wo sie weniger Freundschaften und Anerkennung erleben, sondern vielmehr einsam und allein sind, beschämt werden und ohnmächtig sind." Unterstützung sollte demnach entsprechend gestaltet sein.

Im Hinblick auf die politische Ebene in Österreich und angesichts des Budgetentwurfs erklärte Schenk, es gehe vor allem darum, Dienstleistungen auszubauen: "Da liegen wir weit unter europäischen Durchschnitt, vor allem was die Kinderbetreuung betrifft, die Vorschulförderung und Nachmittagsbetreuung, die Schule und auch die Pflege", so der Experte. Dies würde nicht nur Armutsbetroffenen helfen, sondern auch generell ökonomische Vorteile bringen. Jedenfalls aber plädierte Schenk für einen gesamtheitlichen Ansatz im Kampf gegen Armut: Eine Maßnahme allein zu setzen, bringe nicht die gewünschte Hebelwirkung.

15 Prozent der Kinder betroffen

Einen statistischen Überblick zum Thema gab Magdalena Skina von der Statistik Austria: In Österreich lebten 2008 rund eine Million Menschen - zwölf Prozent der Bevölkerung - unter der Armutsgefährdungsschwelle (951 Euro pro Monat), rund 260.000 Kinder und Jugendliche - also 15 Prozent - waren armutsgefährdet, so Skina: "Das stärkste Armutsrisiko haben Familien mit Migrationshintergrund, große Familien und Ein-Eltern-Haushalte."

Kinder in armutsgefährdeten Haushalten seien auch im Alltagsleben eingeschränkt, da sich die Familien oft einen Mindeststandard nicht leisten könnten: 68 von hundert armutsgefährdeten Kindern lebten in Haushalten, in denen kein Geld für unerwarteten Ausgaben wie Reparaturen vorhanden sei; 35 von hundert armutsgefährdeten Kindern könnten keine Freunde einmal im Monat zum Essen oder Spielen einladen; elf von hundert armutsgefährdeten Kindern lebten in Wohnung, die nicht entsprechend warm gehalten werden können, nannte Skina Beispiele.

Budgetkürzungen verstärken Kinderarmut

Im Download: O-Tonpaket mit der aus der Katholischen Jugend stammende Bundesjugendvertretungs-Vorsitzende Magdalena Schwarz, Martin Schenk von der Armutskonferenz und Magdalena Skina von der Statistik Austria. Sie äußerte sich bei der Tagung "Junge Armut: Von Sackgassen und Auswegen". → <http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/36058.html>

KINDERBETREUUNG

"Kinderbetreuung muss weiter ausgebaut werden"

Wiener Zeitung

"Dass vor allem bei der Kinderbetreuung etwas weitergeht", sagte Christine Marek am Montag in ihrer Bilanzpressekonferenz. "Ich hoffe, dass das die Männer ...

[Marek warnt vor Abkehr von Geldleistungen für Familien](#) DiePresse.com

[Marek hofft auf den neuen schwarzen Mann](#) tt.com - Wo's Click macht

[derStandard.at](#) - [ORF.at](#)

[Alle 21 Artikel](#)

„Die Koalition ist nicht gefährdet, weil wir sie nicht gefährden dürfen“

nachrichten.at

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SP) fordert, dass im Budget Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung freigemacht wird. Der Ton in der Koalition sei ...

KINDERGARTEN

Nicht alle Kinder profitieren von der Kita

Nach Meinung vieler Experten werden die Weichen für eine erfolgreiche Bildung bereits im Kleinkindalter gestellt. Gerade für Problem-Familien, ist die Kita eine Chance. Doch es gibt viel zu wenig Kitaplätze für die Kleinsten in Deutschland.

→ Video siehe unter <http://www.welt.de/videos/deutsche-welle/article8402764/Nicht-alle-Kinder-profitieren-von-der-Kita.html>

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

Plattform EduCare unterstützt Bildungsvolksbegehren!

imzoom.info

In den aktuellen Ausführungen zum Start Ihres Bildungsvolksbegehrens fehlt jedoch noch die konkrete Nennung der Elementarpädagogik. ...

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

Mitgliederliste

Kinderfreunde: "Verlängerungsspektakel" auf dem Rücken der Kinder

Wien (KIB - 24.11.2010 14:35 Uhr)

Die Parlamentarische Enquete zur Schulverwaltung offenbart die Ausmaße des Frontalangriffs von LH Erwin Pröll auf unser Bildungssystem. Während sich Ministerin Karl noch zurückhält und die Reformprojekte der Regierung lobt, nimmt sich der niederösterreichische Vertreter kein Blatt mehr vor dem Mund.

"Man traut seinen Ohren nicht, wenn man diese Vorschläge hört," zeigt sich Gernot Rammer, Bundesgeschäftsführer der Österreichischen Kinderfreunde fassungslos.

Gemeint ist Johann Penz, der als Niederösterreichischer Landtagspräsident quasi ein direktes Sprachrohr seines Landeshauptmannes ist. Laut Rammer gehe es für Penz in diesem ganzen "Verlängerungsspektakel" letztlich darum, dem Landeshauptmann Macht zu geben, die LehrerInnen auszusuchen, die DirektorInnen zu bestellen, die Klassenschülerzahlen festzulegen, die Organisationsformen zu bestimmen, die Schwerpunkte festzulegen und so weiter. Die zentralste Aufgabe des Bundes wäre demnach die Rechnung für diese Zeche zu begleichen. "Hier vergeifen sich Landespolitiker bewusst an unseren Schulen, um ihre Machtlust zu stillen. Dieser Missbrauch muss im Interesse der Kinder verhindert werden," so Rammer weiter.

Die Kinderfreunde unterstützen dezidiert die auch bei dieser Enquete von BM Schmied und Karl präsentierten Reformprojekte. Eine bundeseinheitliche Ausbildung aller künftigen PädagogInnen, ein bundesweit einheitliches neues Dienstrecht für alle LehrerInnen, oder der Ausbau der Ganztageschulen seien Beleg dafür, dass an den richtigen Rädern gedreht wird. "Zum Glück wissen die Eltern immer besser bescheid, woran unser Schulsystem tatsächlich krankt und lassen sich auch von hinterhältigen Inseraten in niederösterreichischen Medien nichts mehr einreden. Die Zivilgesellschaft ist aufgewacht und wird LH Pröll seine Grenzen aufzeigen", schließt Rammer.

Rückfragehinweis:

Mag. (FH) Daniel Bohmann
Tel.: 01 / 512 12 98 / 60, Mobil:0699/19529488

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/3289/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

VERWALTUNGSREFORM

Claus Raidl fordert Volksbegehren für die Verwaltungsreform

WirtschaftsBlatt.at

"Wir brauchen eine Verwaltungsreform. Jetzt aber hat die Bildung Vorrang." Man könne nicht zu jedem einzelnen Thema das Volk befragen. ...

Wirtschaftsparlament: Wirtschaft mahnt umfassende strukturelle Reformen ein Verwaltungsreform und Reformen des Gesundheitswesens, Bildungswesens u. Pensionssystem müssen jetzt passieren

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](http://APA OTS (Pressemitteilung))

SONSTIGES

Das Kindersicherheits-Haus BÄRENBURG geht online

90.000 Kinder verletzen sich jährlich zu Hause – BÄRENBURG gibt virtuelle Sicherheits-Tipps

Mehr Sicherheit für Kinder und weniger Unfälle mit Kindern, das ist das Ziel der BÄRENBURG, des 1. Österreichischen Kinder-Sicherheitshauses im LKH-Univ. Klinikum Graz. Die BÄRENBURG macht das Thema Sicherheit für Klein und Groß erleb- und begreifbar. Damit man sich nun aus ganz Österreich schnell & einfach über Kindersicherheit im eigenen Heim informieren kann, gibt es die BÄRENBURG jetzt auch online. Auf www.kindersicherheitshaus.at können Interessierte mit dem Finger auf der Maus durch die Schauwohnung gehen und sich die wichtigsten Tipps zur Kindersicherheit holen.

Wien, Graz. – Die BÄRENBURG hilft Unfälle zu vermeiden, indem sie in den Risikobereichen Küche, Bad, Kinderzimmer und Garten die häufigsten Unfallursachen vor Augen führt. Neben der Schauwohnung bietet die BÄRENBURG auch Informationen und Weiterbildungen zur Prävention von Kinderunfällen. Das Interesse von Eltern, Kindergärten, Volksschulen, aber auch Tagesmüttern, Hebammen und anderen Berufsgruppen ist sehr groß. Für viele Interessierte ist aber der Weg nach Graz zu weit.

Mit Unterstützung des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger ist nun die BÄRENBURG auch virtuell begehbar. „Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger schätzt die Arbeit von GROSSE SCHÜTZEN KLEINE, und hat in Kooperation mit dem Verein in der Vergangenheit bereits zahlreiche Maßnahmen in der Unfallprävention gesetzt. Gemeinsam wollen wir neue Wege aufzeigen wie Unfälle bei Kindern verhindert werden können. Mit der virtuellen BÄRENBURG gibt es nun die Möglichkeit sich über das Internet schnell und unkompliziert, über Gefahren zu informieren, um sie zu beseitigen oder zu entschärfen“, so Dr. Josef Probst, Generaldirektor Stellvertreter im Hauptverband.

Die meisten Unfälle passieren zu Hause

Ungesicherte Steckdosen, heiße Herdplatten, leicht zu öffnende Fenster: 52% aller Kinderunfälle passieren zu Hause. Rund 90.000 Kinder verletzen

sich jährlich österreichweit im unmittelbaren Wohnbereich. Küche, Bad und Kinderzimmer bergen die häufigsten Risikobereiche. Problematisch sind vor allem Verbrennungen und Verbrühungen mit heißen Flüssigkeiten, Vergiftungen und Verätzungen mit Reinigungsmitteln und Stürze vom Wickeltisch, vom Stockbett oder gar aus Fenstern.

Unfälle sind keine Zufälle

Unfälle sind aber keine Zufälle – sie ereignen sich bei ganz bestimmten Gefahrenmomenten. „Wenn man weiß, wo und wie die gefährlichsten Kinderunfälle passieren, dann kann man diese Situationen sicherer machen. Sei es durch ein Herdschutzgitter, durch eine Fenstersicherung oder durch ein Treppenschutzgitter. Wir wollen mit der virtuellen BÄRENBURG den Zugang für Eltern und Kinder zur effizienten Kinderunfallverhütung erleichtern. Nun sind erprobte Kindersicherheitstipps nicht mehr Kilometer, sondern nur mehr einen Mausklick entfernt“, erklärt Univ.Prof. Dr. Michael Höllwarth, Präsident von GROSSE SCHÜTZEN KLEINE und Vorstand der Univ. Klinik für Kinder und Jugendchirurgie Graz, die Intention ins Netz zu gehen.

Besuchen Sie auch die reale BÄRENBURG

Kinder und Erwachsene sind auch in der realen BÄRENBURG immer willkommen: Als Individualbesucher oder in Gruppen. Das BÄRENBURG-Team bietet eigens entwickelte Sicherheitsbären-Erlebnistouren für Kindergärten und Schulen an, um den Kindern altergerecht auf spielerische Art und Weise das Thema Kindersicherheit unter Forderung und Förderung aller Sinne näherzubringen. Gruppen werden um Voranmeldung für die spezielle Erlebnis-Sicherheitsbären-Führung gebeten. Aber auch themenspezifische Führungen und Schulungen für Erwachsene, die mit Kindern arbeiten, werden gerne auf Vereinbarung abgehalten.

Öffnungszeiten

BÄRENBURG: Mo – Fr, 9:00 – 12:00 Uhr

BÄRENBURG virtuell: Mo-So, 0:00 – 24:00 Uhr

Auenbruggerplatz 49, 8036 Graz

0316 385 – 13764

baerenburg@klinikum-graz.at

www.kindersicherheitshaus.at

Kontakt:

GROSSE SCHÜTZEN KLEINE

Österreichisches Komitee für Unfallverhütung im Kindesalter

Mag. Gabriele Blaschitz

0316 385 13764

gabriele.blaschitz@klinikum-graz.at

www.grosse-schuetzen-kleine.at

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10

1110 Wien

ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten
Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.